

# Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 455 Jahrg. 215

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 5 Mark

Bezugspreis: monatlich 150.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitträger und andere Zuständigkeiten entgegen.

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 84 mm breite mm-Grundgröße 10.—. Die Spalte 60 mm breite mm-Grundgröße 40.—. Rabatt nach Carl. Zeitungsvertrag Halle-Saale.  
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurwürd Nr. 829  
Eigene Feinere Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Donnerstag, 28. Sept. 1922

## Revolution in Griechenland

Athen, 27. September. König Konstantin hat abgedankt. Die Athener Regierung hat demissioniert.

### Die Lage in Griechenland und an den Dardanellen

v. London, 27. September. (Neuer.)  
Nach Meldungen aus Athen ist in Griechenland eine revolutionäre Unruhe ausgebrochen, besonders in Larissa, Milane und Saloniki. Das Meer und die Marine sind beteiligt. Der Minister des Innern hat gestern mitgeteilt, die Regierung wisse nicht, wie viele Kriegsschiffe sich der Bewegung angeschlossen haben. Die Sicherheit des Königs ist anscheinend nicht gefährdet. Die Revolutionäre verlangen die Abdankung des Königs.

Die Mächte fordern die Regierung auf, eine feste Front zu bilden, um der russische Truppen an die Türkei Wiberstand zu leisten. Der Finanzminister hat erklärt, die Regierung werde niemals dem Verlaste Tragiens zustimmen. Nach einer Mitteilung des Unterrichtsministeriums beträgt die Zahl der Flüchtlinge aus Kleinasien, die sich in größter Not befinden, 200.000. Weitere 150.000 werden im Laufe der Woche erwartet.

v. London, 27. September. (Neuer.)  
Die letzten aus Konstantinopel in britischen Kreisen eingetroffenen Berichte besagen, daß die britischen und französischen Kommandos erstickt worden sind, mit dem Ziel in Richtung zu treten. Bezüglich der türkischen Truppen ist man der Ansicht, daß es unmöglich sei, vorauszufragen, was geschehen werde. Es werde jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß die gegenwärtigen Bewegungen der türkischen Truppen auf weitere zurückzuführen sind, die vor Empfang der Note der Alliierten erfolgen würden.

Generalmajor Sir Frederic Maurice meldet aus Konstantinopel, die türkische Kavallerie habe Gerechtigkeit bei Sumkaj westwärts besetzt. General Sarrazin, der vor allem einen Zusammenstoß, der die diplomatischen Verhandlungen beeinträchtigen würde, vermeiden wolle, habe direkt an Kemal Pascha telegraphiert und ihn ersucht, die Zurücknahme der türkischen Truppen aus der neutralen Zone anzuordnen. General Wolff habe an Kemal in demselben Sinne geschrieben. Sowohl die britischen Truppen in Konstantinopel als auch die britische Offensivkraft zu unterbrechen, bis Kemal Zeit gefunden habe, den türkischen Streitkräften Anweisung zu geben. Das werde 48 Stunden erfordern. Es bestche also keine Gefahr, daß das britische militärische Personal die türkischen Streitkräfte in Konstantinopel ausgereicht worden, und auch die britische Flotte habe neue Verhandlungen erhalten. General Sarrazin habe erklärt, für die britischen Streitkräfte in Konstantinopel bestehe keine Gefahr.

### Kemal Paschas Bedingungen

London, 27. September.  
Es scheint sich zu bestätigen, daß Kemal die Annahme der Einleitung zu der Konferenz an vier Bedingungen knüpft:

1. Zehnmalige Rücknahme von Bulgarien;
  2. Einstellung der Marmara-Küste und gewisser Punkte in Thrakien;
  3. Vorläufige Ablehnung der Gummilitarisierung der Dardanellen;
  4. Einstellung der englischen Truppenbewegungen.
- Die englische englische Auffassung liegt darin, daß diese Bedingungen eine sehr enge Situation schaffen würden. Wegen dem ersten Punkt hat England nicht eingewunden, dagegen werden die Punkte 2 und 3 als schweres Hindernis für den Frieden bezeichnet, weil die Freiheit der Meere nicht möglich wäre, wenn die Küsten des asiatischen Meer beiderseits von allen Dingen aber auch von englischer Seite die Einstellung der Truppenbewegungen abgelehnt. England befaßt sich vielmehr, wie es der Daily Chronicle formuliert, ausdrücklich das Recht vor, seine Stellung als Mandatar der Mächte und als Kreuzrücker für die Meere in jeder Weise zu befestigen, wie es ihm nützlich erscheint.

Der stellvertretende offizielle Kommissar der Sowjet-Regierung in London Bergin sprach gestern im Foreign Office vor, um den Standpunkt der Sowjet-Regierung im Zusammenhang mit der Krise im Orient ausdrücklich herzustellen. Er erklärte, Außen und nützlich eine friedliche Regelung, könne aber keiner internationalen Entscheidung zustimmen, die in Abwesenheit seiner Vertreter erzielt werde in einer Frage, die von so grundlegenden Bedeutung für den Handel und die internationalen Beziehungen aufstünde wie die Stellung Konstantinopels.

In einem Artikel schreibt Daily Chronicle zu den Gegenforderungen Kemal Paschas, wenn sich diese Forderungen als ausnehmend herausstellen sollten, so würden sie eine sehr ernste Lage schaffen. Die Forderung nach Einstellung Sowjet-Truppen und Bulgariens in die Konferenz werde, wie man in England glaube, eine besonderen Schwierigkeiten ver-

ursachen; aber die Franzosen würden sie wahrscheinlich unangenehm empfinden als die Engländer. Die Forderungen Kemal jedoch, die Küsten des Marmarameeres befestigen zu dürfen, und seine Abriegelung gegen die Gummilitarisierung der Dardanellen sei ein äußerst schweres Hindernis für den Frieden, besonders wenn sie mit der Forderung verbunden sei, daß Großbritannien die Entsendung militärischer Verstärkungen nach der Türkei einstellen solle. Die Freiheit der Meere sei im britischen Interesse ebenso wichtig, wie im Interesse der ganzen Welt, und in dieser Frage könne es für England unter keinen Umständen ein Kompromiß geben. Es wäre ein Kompromiß, wenn türkische Herrschaft von der asiatischen Seite der Meere den Weg erschließen würden. Die Politik der Mächte sei die vollständige Gummilitarisierung der Meere und ihre Kontrolle durch den Westblock. Die diese Politik zum Normalgrundmäßig angenommen oder die Gefahr eines türkischen Angriffs endgültig beseitigt und klar sei, daß Kemal beabsichtige, die Entsendung der Konferenz lokal anzuerkennen, müsse England das Recht vorbehalten sein, sich in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise als Mandatar der Mächte und Kreuzrücker der Meere zu verhalten.

### Für eilige Leser

Die Besizer sogen infolge früheren Besahrs sehr selten an dem Effektenmarkt und der Warenbörse machte sich das Steigen der Devisen durch höhere Kurse bemerkbar, die z. T. sehr beträchtlich sind.

In Griechenland sind unter Beteiligung von Meer und Marine revolutionäre Kräfte ausgebrochen. König hat abgedankt, das Ministerium ist zurückgetreten.

An den Dardanellen ist die Lage anscheinend unperändert. Die Mächte fordern, in der Frage der Dardanellen mitzuarbeiten zu können; die Gegenforderungen Kemal schafften nach englischer Auffassung eine äußerst schwierige Lage.

Nach dem „Intransigent“ verlangen die Alliierten in Griechenland nicht die Rückkehr von Kemal, sondern die Bildung einer neutralen Regierung.

Bisher noch nicht veröffentlichte Besahrs Nachrichten zufolge soll Prinz Georg zum König ausgerufen werden und die Hauptstadt insbesondere der Schlußfolgerungen Zusammenhänge geworden sein. Die Georanten sollen sich auf die militärische Organisation der Schwarzsee und auf die französischen Deszendenten stützen.

Das Autokratie Amt in London hat eine Note der russischen Regierung erhalten, in der diese um Zulassung von Russland, Georgien und der Ukraine zur Konferenz über den nahen Osten ersucht.

Neuer meldet aus Athen: Die Deputierten Tragiens beabsichtigen den englischen und den französischen Gesandten in Athen und legen ihnen die Lage Tragiens dar, indem sie erklären, die Christen in diesem Bezirk seien von demselben Schicksal bedroht wie die Christen in Smyrna.

Durch Übergang der früher im Besitz von Lord Northcliffe befindlichen Aktien der Daily Mail, der Evening News, des Daily Express und der überfestschen Daily Mail an seinen Bruder, Lord Northmore, wurde dieser Hauptbesitzer der Blätter.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. September wird bestimmt, daß die Wahlen zum Reichstag in Oberösterreich am 19. November vor sich gehen. Mit der Reichstagswahl werden auch die Wahlen des preussischen Staatsministeriums, die Wahlen zum preussischen Landtag und zum Provinziallandtag der Provinz Oberösterreich verbunden.

Das Reichsministerium beschloß sich heute mit der Frage der Gründung der Reichs für das erste Drittel des Untergeschäfts. Nach eingehender Aussprache wurde die Beschlußfassung bis Anfang nächster Woche vertagt.

Am 26. September ist Senator Watson gestorben.

Dollar amt. 1652,93 G.

### Wann kommt Amerikas Stunde?

Es ist selbstverständlich, daß bei den steigenden finanziellen und wirtschaftlichen Notizen Europas und im besonderen Deutschlands die Frage in aller Herzen lebendig bleibt: Wann kommt die Stunde des Eingreifens für Amerika? Trotz der seit dem Niedertreten Wilsons folgenreich durchgeführten abwartenden und zurückhaltenden Haltung der Washingtoner Regierung ist die Hoffnung auf die Vereinigten Staaten unerlöschter, ja, je schwieriger die Zeiten werden, um so näher fällt man der Zeitpunkt der Erlösung an. Natürlich eine rein gefühlsmäßige und daher falsche Einstellung zu dieser wichtigen Frage und sie muß mit Notwendigkeit zu immer neuen Enttäuschungen führen. Klarheit gewinnen wir nur, wenn wir hier alle gefühlsmäßigen Momente ausblenden und uns auf den amerikanischen Standpunkt stellen. Die Frage wird dann nicht mehr zu lauten haben: Wann kommt die Stunde Amerikas? sondern: Wann erreicht das Eingreifen lobend? Das man etwas für Europa tun muß, und zwar nicht aus moralischen Bedenken, sondern um der eigenen wirtschaftlichen Interessen willen, darüber besteht in Amerika wohl kein Streit. Jedoch ist der europäische Optimismus auch durchaus berechtigt, aber damit ist Europa und vor allem Deutschland noch nicht geborgen. Bismarck hat alles von dem Zeitpunkt des amerikanischen Eingreifens ab, denn bei der Schwäche, mit der heute die Dinge in Europa dem Chaos anfallen, muß befristet werden, daß Amerika mit seinen Mitteln zu spät kommen kann. Berechnungsmäßig für uns und ganz Europa ist nun aber in dieser Zeitpunktfrage, daß gerade sie zu einem der wichtigsten Programmpunkte der amerikanischen Parteien geworden ist. Harding und die republikanische Partei sind doch nur deshalb als Nebenkomponente, weil sie sich in den stärksten Gegensatz zu einer Wilsonpolitik gestellt hatten, die für Amerika zu dem nächsten Risiko von Versailles geführt hat. Sie werden sich mit Notwendigkeit und um ihrer selbst willen auf diesem Wege weiter zu bewegen haben und zum mindesten ein amerikanisches Eingreifen in die europäischen Verhältnisse für so lange als unvermeidlich erklären müssen, als Frankreich keine Zukunft annimmt. Eine nicht bessere Grundbedingungen und Voraussetzungen für eine Ordnung der europäischen Verhältnisse geschaffen sind, ist man von dieser Seite aus für eine Rettungsoption nicht zu haben. Dem widerspricht es nicht, sondern im Gegenteil, es ist nur ein neuer Beweis für diesen von den Republikanern eingenommenen Standpunkt, wenn Harding im geheimen ausdrücklich für Frankreich einen Druck auszuüben sich bemüht, der Regierungsherrschaft Fern Pointeres möglichst bald ein Ende zu bereiten.

Demgegenüber vertreten natürlich die Demokraten den Standpunkt eines sofortigen Eingreifens, wie das erst kürzlich durch die Reden des Senators Cox und des früheren Mitarbeiter Wilsons, des Staatssekretärs, A. D. Brown, deutlich genug geworden ist. Aber weder ist diese Partei am Ruder, noch erachtet bei dem im November dieses Jahres bevorstehenden Kongreßwahl begründete Aussicht vorhanden, daß sie ans Ruder kommen wird. Da Harding's Persönlichkeit gegenüber dem größten Beliebtheits erfreut. Aber auch gesetzt den Fall, die Kongreßwahlen würden für die Demokraten ausfallen, so könnten sie ihren Einfluß immer erst vom Dezember des nächsten Jahres ab geltend machen, da nach amerikanischem Brauch das neugewählte Haus erst nach Jahresfrist zusammentritt. Auch dann noch bleibt als Voraussetzung, daß sie in ihrem Wahlverbreiten wirksam erntet werden können, etwas, wofür man gerade in Anbetracht amerikanischer Verhältnisse Zweifel hegen darf. Was oben festgestellt wurde, ist die Notwendigkeit der amerikanischen Politik, in denen sie sich mit großer Energie für eine sofortige Intervention in Europas Gunsten einsetzt, sehr stark unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Kongreßwahlen zu betonen; sie bezwecken durchaus nicht so ohne weiteres zu einem Optimismus. Die parteipolitische Einstellung zu der rein wirtschaftlich gestellten Frage des amerikanischen Eingreifens ist also entscheidend, und die Rückwärtsnahme der europäischen Zustände auf die amerikanischen Verhältnisse drückt erst in zweiter Linie mit. Dennoch dürfen wir nicht mißtrauen werden, den rein wirtschaftlich bedingten Amerikanern gegenüber immer wieder den engen Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Beziehungen vor Augen zu führen. Wir werden immer





